

Pressekonferenz der NAK am 28.03.2006 in Berlin Nationale Armutskonferenz legt sozialpolitische Bilanzen vor

Statement I

Hartz IV – Armut breitet sich aus

Berlin. Die Zahl der Kinder unter 15 Jahren auf Sozialhilfeniveau hat sich von 1 Million im Jahr 2005 auf 1,5 Millionen erhöht. Tafeln und Kleiderkammern erleben einen erheblichen Zulauf. Beratungsstellen berichten über Klienten, die ihre finanziellen Ressourcen schon früh im Monat aufgebraucht haben. Davon berichtet der Sprecher der Nationalen Armutskonferenz, Dr. Hans-Jürgen Marcus, bei der Vorstellung von zwei sozialpolitischen Bilanzen in Berlin.

„Es zeigt sich, dass die Regelleistung von 345 Euro einfach für viele nicht ausreicht. Das führt dazu, dass die Pauschale für einmalige Anschaffungen, die nach Auffassung der **nak** zu niedrig angesetzt wurde, nicht angespart werden kann, sondern oft verbraucht werden muss. Wenn dann Anschaffungen notwendig sind, fehlt das Geld; man benötigt Kredite und steigt in die Verschuldensspirale ein. Wo ein Kinderwagen als Darlehen gewährt oder mit Krediten finanziert werden muss, werden Kinder bereits mit Schulden geboren.

Wegen Hartz IV und der unzureichenden Ausstattung brauchen viele Menschen kostenlose oder verbilligte Essensangebote. Als Reaktion auf diese Not hat sich die Zahl der Tafelangebote - in einer unserer Mitgliedsorganisationen – bundesweit explosionsartig von 350 auf 580 erhöht.

Die strikte, oft auch willkürliche Auslegung der sog. „angemessenen Unterkunftskosten“ führt zu hoher Verunsicherung bei den Betroffenen. Von Aufforderungen zum Umzug, über Ankündigung einer Reduzierung der Übernahme von Wohnungskosten bis hin zu engsten Fristsetzungen für einen Umzug haben wir alles erlebt. Dabei hat der Gesetzgeber eindeutige Regelungen vorgegeben. Die Handhabung ist bei den Kommunen trotzdem nicht einheitlich sondern höchst unterschiedlich. Nur die wenigsten Menschen sind in der Lage, ihren Rechtsanspruch auch gerichtlich durchzusetzen oder die Kommunen durch einstweilige Verfügungen zu gesetzestreuem Verhalten zu zwingen.

Die Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt gelingt nicht. Dies ist nicht nur darin begründet, dass keine Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, sondern auch in der Ideenlosigkeit und Fixierung auf die Ein-Euro-Jobs; in den Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen war dies oft die einzige systematische Arbeitsmarktintegration. Aber selbst dann wird noch versucht, an der Weiterbildungs- und Betreuungspauschale für die Anstellungsträger von 1-€-Jobbern zu sparen. Dabei haben sich Weiterbildung und Qualifizierung der 1-€-Jobber bei anderen Arbeitsgemeinschaften oder Kommunen als förderlich für die Eingliederung in den Arbeitsmarkt herausgestellt.

Die Nationale Armutskonferenz fordert im Blick auf das beabsichtigte Optimierungsgesetz zum SGB II erhebliche Nachbesserungen. Das SGB-II-Änderungsgesetz, das Bundestag und Bundesrat eilig durchgewunken haben, entlastete den Bundeshaushalt um Milliardenbeträge. Es war eine der gerühmten Vorteile gegenüber den vielen Nachteilen der Hartz IV Reform, dass den Menschen die Rentenbeitragszahlung zugesichert worden war – jetzt ist ihnen dieser Vorteil genommen worden. Wir sind in Sorge, dass auch dieses kommende Optimierungsgesetz nur eine finanzielle Optimierung der Ausgaben des Bundes zu Lasten der Förderung und Qualifizierung arbeitsloser Menschen im Blick haben wird und schnell ohne Diskussionen durch das parlamentarische Verfahren gebracht werden soll.

Diese Hartz IV Gesetzgebung ist nach wie vor krass unausgewogen: Die Umkehr der Beweislast, was die Bemühungen um einen Arbeitsplatz angeht, ist zu einer beherrschenden Position der Behörden mit einer Verfolgungsstrategie gegenüber den arbeitslosen Bürgern geworden. Eine Unzahl von Vorschriften und bürokratischer Hürden, die Drohkulisse von Mittelentzug und Sperrfristen, die immer noch fehlenden persönlichen Ansprechpartner und Fallmanager, die telefonische „Nichterreichbarkeit“ und ein immer noch fehlerhaftes EDV-System erschweren die Rat- und Hilfesuche arbeitsloser Menschen. Derweil bleibt das System der Arbeitsverwaltung auf Milliarden von Fördermitteln sitzen, mit denen eigentlich Arbeitslose durch Aus- und Weiterbildung gefördert werden sollten.“

Dr. Hans-Jürgen Marcus, Sprecher der **nak**

Kontakt: Hans-Jürgen **MARCUS**, Sprecher der Nationalen Armutskonferenz, Tel: 05121/938-100;
Erika **BIEHN**, stellv. Sprecherin der Nationalen Armutskonferenz, Tel: 0160/2811699
Weitere Informationen: www.nationale-armutskonferenz.de